

DOKUMENTE

PROTOKOLLE UND BEILAGEN

Nr. 1 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 30. April 1908

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident Dr. Wekerle, der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Beck, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burián, der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Schönaich, der k. k. Finanzminister Dr. Ritter v. Korytowski, der k. u. k. Marinekommandant und Chef des gemeinsamen Kriegsministeriums, Marinesektion, Admiral Graf Montecucoli, der Staatssekretär im kgl. ung. Finanzministerium Popovics (10. 5.).

Protokollführer: Sektionsrat Ritter v. Günther.

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1909 sowie Bestimmung des Termines der Einberufung der Delegationen.

KZ. 20 – GMCPZ. 465

Protokoll des zu Wien am 30. April 1908 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitz des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Freiherrn v. Aehrenthal.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung mit der Bemerkung, daß er einen Überblick über die auswärtigen Beziehungen geben wolle, bevor in die Beratung der einzelnen Voranschläge eingegangen werde. Er könne sich kurz fassen, nachdem in den letzten Monaten in den Delegationen die auswärtige Politik eingehend erörtert worden ist.¹ Er könne neuerdings feststellen, daß wir die besten Beziehungen mit allen Mächten unterhalten. Nur im Verhältnisse zu Rußland ist bis zu einem gewissen Grade eine Änderung eingetreten. Wie Redner schon im Vorjahre angedeutet, seien die Dinge im nahen Oriente recht problematisch. Eine Aktion Rußlands im Oriente sei wahrscheinlich, die treibenden Elemente in dem uns interessierenden Gebiete sind England und Rußland.²

Er fasse die Sache so auf, daß zwar der Status quo aufrecht zu erhalten sei, daß wir aber dabei unsere Interessen nicht vergessen dürfen. Diesbezüglich waren

¹ *Siehe dazu das Exposé Aehrenthals v. 27. 1. 1908 über die auswärtige Lage Österreich-Ungarns, gehalten in der Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation, STENOGRAPHISCHE SITZUNGS-PROTOKOLLE DER DELEGATION DES REICHSRATHES, XLII. Session 1907/08 1–6.*

² *Gemeint ist eine von Großbritannien und Rußland geplante Verwaltungsreform in Mazedonien, Einleitung 115.*

unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt. Ein Irade betreffend die durch eine österreichisch-ungarisch-türkische Kommission vorzunehmende Bahntrassierung ist erflossen, die Arbeiten haben begonnen und dürften im Sommer beendet sein.³ Es ist zu hoffen, daß auch die Frage der Garantie im günstigen Sinne gelöst werde.

Wir stehen allen Balkanvölkern sympathisch gegenüber und unterstützen deren Wünsche. Wohl wäre uns die Donau-Adria-Bahn wenig förderlich, doch dürfte dieselbe kaum zustandekommen. Wir haben unseren Anspruch angemeldet und einen Vorsprung erzielt, wir werden daran festzuhalten wissen.

Unser Interesse wird sich auch weiterhin der Reformaktion zuwenden. ^aHierbei rechne Redner auf die bereits in der gemeinsamen Ministerkonferenz vom 10. Juli 1907^b in Aussicht genommene Mitwirkung der beiden Regierungen.^a

Die in diesem Winter fortgesetzten Bemühungen, die Justizreform in die Wege zu leiten, hätten leider keinen Erfolg gehabt. Die Mächte konnten sich nicht über die Redaktion einer bezüglichen Note an die Pforte beziehungsweise über die Modalitäten der Übergabe einigen.

Herr Iswolskij habe, indem er erklärte, durch unseren Erfolg in der Sandschakbahn sei eine neue Situation geschaffen worden, die Gelegenheit wahrgenommen, um aus dem bisherigen Ententeverhältnisse auszuspringen. Die neuen russischen Vorschläge bewegen sich aber ganz im Rahmen des bisherigen Programmes, die leitenden Gesichtspunkte sind dieselben, weshalb Redner keinen Grund gehabt habe, dieselben nicht zu akzeptieren. Für uns liege der Vorteil der Sache darin, daß wir nun ein Minus von Verantwortung haben. Wir seien nunmehr nicht allein mit Rußland genötigt, Zwangsmaßregeln vorzuschlagen oder durchzusetzen, wir wollen die Reformaktion loyal unterstützen, wenn sie aber scheitern sollte – und damit müsse man rechnen – so läge kein Grund zu Besorgnissen vor, daß die Monarchie gleich zu Beginn der Orientkrise vor schwerwiegende Entschlüsse gestellt werde.

An der türkisch-persisch-kaukasischen Grenze zeigen sich Wolken, die wohl zu einem Gewitter führen könnten, doch glaube er nicht, daß Rußland Lust und

^{a-a} *Dieser Satz war in der Reinschrift vergessen worden, wie aus einem dem Protokoll angehängten Beilageblatt hervorgeht.* Im Protokolle zur Gemeinsamen Ministerkonferenz vom 30. April 1908 fehlt auf Seite 8 nach der vierten Zeile folgender Satz: Hierbei rechne Redner auf die bereits in der gemeinsamen Ministerkonferenz vom 10. Juli 1907^b in Aussicht genommene Mitwirkung der beiden Regierungen. Auf Befehl des Herrn Ministers wird eine weitere Berichtigung nicht veranlaßt und dient die vorstehende Richtigstellung lediglich als pro domo Aktenvermerk. Günther 15. 5.

^b *Randbemerkung* Unter dieser „Ministerkonferenz“ ist eine Besprechung der Minister zu verstehen, über welche ein „Ministerkonferenzprotokoll“ nicht verfaßt wurde. 1. 9. 1909.

³ *Zur Diskussion um das Sandžakbahnprojekt siehe* PANTENBURG, Im Schatten des Zweibundes 411–428.

die Mittel habe, es dort zu kriegerischen Ereignissen kommen zu lassen; immerhin müsse man aber die Augen offen behalten.

Was die südslawische Bewegung betrifft, so habe er die Bedeutung derselben schon im Vorjahre hervorgehoben. Die großserbische Bewegung in Kroatien, in Bosnien-Herzegowina, ja in Ungarn selbst sei nichts Neues. Hierbei komme als äußeres Moment in Betracht, daß in Serbien eine nationale Dynastie bestehe, die gezwungen sei, sich auf unsaubere Elemente zu stützen und eine aktive nationale auswärtige Politik zu fördern. Als innere Momente seien vornehmlich der sich in den letzten Monaten zugespitzte Konflikt Ungarns mit Kroatien und die Zustände in Bosnien und der Herzegowina zu bezeichnen. Von seinem Ressortstandpunkte aus müsse er daher einen neuerlichen dringenden Appell an die hohen Regierungen beziehungsweise an die bosnische Verwaltung richten, diese Frage von demselben Gesichtspunkte zu betrachten, und lenke er die Aufmerksamkeit auf das kroatische Element, auf das man sich mehr verlassen könne als auf die Serben.

Man könne letztere nicht mundtot machen, das wäre unklug und unpolitisch, auch unmöglich, weil sie numerisch zu stark seien, aber stützen dürfe man sich nicht auf sie; man könne sie nicht zur Basis der Regierungspolitik machen, weil sie naturgemäß ihre Fäden nach Belgrad spinnen, wo ein geschickter skrupelloser Politiker waltet, Pašić, der vieles initiiert und materielle Mittel im Auslande aufwendet.

Wo sich hochverräterische Umtriebe zeigen, müsse mit aller Strenge vorgegangen werden. Das Vorgehen in Banjaluka war sicherlich ein sehr gutes, man könne nur mit Einschüchterung Erfolg erzielen.

Gegen Belgrad, so fuhr der Vorsitzende fort, beobachte er scharf, nehme aber eine ruhige Haltung ein, was schon durch das Gefühl unserer Kraft geboten sei und wodurch auf das zwar lebhaft, aber doch tiefe serbische Nationaltemperament sicher der wirkungsvollste Eindruck hervorgerufen werden wird. Von dieser Linie wolle er vorderhand nicht abweichen, weil sonst eine Verschiebung in unseren Beziehungen zu den Mächten eintreten könnte, die uns in eine unbequeme Lage brächte. Dies könnte nur Italien angenehm sein. Letzteres unterhalte übrigens gute Beziehungen zu uns, was nicht nur von der Regierung gelte, auch die Kundgebungen der Irredenta seien – von einigen Auswüchsen z. B. der jüngsten Zeit abgesehen – geringer. Dies ist darauf zurückzuführen, daß man aufmerksam unsere militärische Bereitschaft verfolgt. Wir haben Italien das Gefühl unserer militärischen Überlegenheit beigebracht. Wir müssen es, indem wir bei dieser Politik bleiben, in diesem Gefühle erhalten, und deshalb kann Redner nur die uneingeschränkte Annahme der Budgets des Heeres und der Marine empfehlen.

Auf den Verhandlungsgegenstand übergehend proponiert der Vorsitzende, der bisher stets befolgten Vorgangsweise entsprechend mit der Beratung des Vorschlages seines Ressorts zu beginnen, sodann die Budgets des Finanzministeriums und des Obersten Rechnungshofes zu erledigen und am Schlusse die militärischen Vorschläge zu behandeln.

Die Konferenz beschließt, den bisherigen Vorgang beizubehalten, worauf der Vorsitzende um die Annahme der von ihm geforderten Summe bittet, darauf hinweisend, daß bei Berücksichtigung beziehungsweise Abrechnung der Ergänzungen auf die Jahressummen der schon im Vorjahre bewilligten Tangenten sich nur eine Mehranforderung von 391 000 Kronen ergibt.

Der kgl. ung. Ministerpräsident möchte zunächst im allgemeinen erwähnen – nicht in bezug auf das Ministerium des Äußern –, daß für das gemeinsame Budget nicht übermäßige Forderungen gestellt werden sollen.

Während man 1895 eine jährliche Erhöhung von acht Millionen im Auge hatte, 1900 ein Plus von 14 ½ Millionen bewilligte, seien im Jahre 1907 19, im Jahre 1908 18,7 Millionen konzediert worden, und jetzt fordere man, von den Nachtragskrediten abgesehen, 45 Millionen. So könne dies nicht weiter gehen.

Der k. k. Finanzminister weist an der Hand einer Tabelle nach, daß das Ministerium des Äußern nach dem Durchschnitte der letzten acht Jahre circa 350 000 Kronen jährlich mehr bewilligt erhalten habe, und schlägt auch pro 1909 ein Pauschale in dieser Höhe vor. Er anerkenne, daß die auswärtigen Agenten, namentlich die konsularischen, eine größere Ausdehnung erfahren müssen, aber er glaube doch, daß mit der fraglichen Summe das Auslangen werde gefunden werden können. Er bitte ferner, die ad personam und extra statum Ernennungen, die in berücksichtigungswürdigen Fällen in allen Ressorts erfolgen, nicht mit den Intekalarien in Verbindung zu bringen, sondern beide Positionen getrennt zu behandeln.

Der Vorsitzende erklärt, letzterem Wunsche entsprechen zu wollen, dagegen bedürfe er, um den drängenden Wünschen der Delegierten wenigstens teilweise nachkommen zu können, mindestens 400 000 Kronen, wobei er nochmals betone, daß hievon ja 186 000 Kronen nur die Konsequenzen vorjähriger Bewilligungen seien.

Nachdem noch der kgl. ung. Ministerpräsident den Wunsch geäußert, die Post „Subvention für Schulen“ anders motiviert zu sehen, und hierbei speziell auf das philanthropische Gebiet hinwies, wird ein Pauschale von 400 000 Kronen für das Ministerium des Äußern angenommen. Dessen Vorschlag beträgt demnach im Ordinarium und Extraordinarium – nach Hinzurechnung einer zum Ausgleich erforderlichen Summe von 37 Kronen – zusammen 13 666 584 Kronen.

Desgleichen wird der für den Umbau des Agenziegebäudes in Sofia benötigte Nachtragskredit per 300 000 Kronen angenommen.

Der Vorsitzende bringt sodann zur Kenntnis der Konferenz, daß der vor Konstantinopel befindliche Stationär „Taurus“ seinem Zwecke nicht mehr entspreche und unbedingt ersetzt werden müsse. Es biete sich jetzt eine Gelegenheit, eine amerikanische Yacht um einen verhältnismäßig niedrigen Preis anzuschaffen, und wolle er dies daher zur Diskussion bringen.

Die Konferenz beschließt, von einem solchen Kaufe demals abzusehen, erklärt sich aber damit einverstanden, daß im vorliegenden Protokolle die unbe-

dingte Notwendigkeit der Erwerbung eines entsprechenden Schiffes im nächsten Jahre beziehungsweise der Einstellung des benötigten Betrages niedergelegt werde, nachdem die Marineverwaltung ohne einen speziellen Kredit nicht in der Lage wäre, ein Schiff zur Verfügung zu stellen.

Der Voranschlag des gemeinsamen Finanzministeriums (Nettomehrerfordernis 36 551 Kronen) und jener des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes (Nettomehrerfordernis 7785 Kronen) werden ohne Debatte angenommen, wogegen der Zollgefällsvoranschlag von nun an nicht mehr einen Gegenstand der gemeinsamen Beratung bilden wird.⁴

Die Konferenz schreitet zur Beratung des Heeresbudgets, zu deren Beginn der gemeinsame Kriegsminister das Wort ergreift. Er müsse sich, sagte FZM. Schönauich, vor allem hinsichtlich der Gagenregulierung und der Löhnungserhöhung äußern, weil diese Frage sowohl mit Rücksicht auf die finanzielle Tragweite als auch in Anbetracht der besonderen Wichtigkeit des Gegenstandes das allgemeine Interesse in erster Reihe in Anspruch nehmen dürfte.

Es könne den Konferenzteilnehmern nicht unbekannt geblieben sein, welche tiefe Verstimmung, ja Erbitterung die Vorgänge, die sich an diese vollberechtigte Anforderung der Kriegsverwaltung geknüpft haben, in der bewaffneten Macht hervorgerufen haben. Er halte es nicht nur für seine, sondern für die Pflicht aller für die Macht und das Ansehen der Monarchie verantwortlichen Faktoren, alles aufzubieten, damit diese Frage ehestens und in vollkommen befriedigender Weise gelöst werde. Er müsse nebstdem darauf aufmerksam machen, daß die hoffentlich baldige Lösung der militärischen Fragen nicht geringe Budgetsteigerungen zur Folge haben werde, denen – im Interesse der Schlagfertigkeit – Fragen der Personalgebühren nicht im Wege stehen dürfen. Er bitte, das vorgeschlagene Gagenschema ohne Änderung zu genehmigen, weil die Ansätze desselben in allen Einzelheiten auf Grund gewissenhaftester Erwägungen ermittelt worden seien und er einer eventuell beabsichtigten Reduktion seine Zustimmung unbedingt versagen müsse.

Die Erhöhung der Mannschaftslöhnungen sei mit Rücksicht auf die notorische Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Löhnungssätze ebenfalls dringend geboten.

Die Rückwirkung sollte auf den 1. Jänner 1908 zurückgreifen, was auch mit den Äußerungen der k. k. Regierung im Ministerrat vom 27. Oktober 1907 im Einklange stünde.⁵ Nur weil die österreichische Delegation in ihrer bezüglichen Resolution die Anforderung mit 63 Millionen bezifferte, was dem Bedarfe für zwei Drittel des Jahres entspräche, habe sich die Forderung der Kriegsverwaltung auf das Datum 1. Mai 1908 eingeschränkt. Eine weitere Beschränkung halte er jedoch nicht für zulässig, im Gegenteile sollte, um die Frage in der für die Stär-

⁴ Zum Voranschlag des gemeinsamen Finanzministeriums siehe FA., GFM., Präs. 69 und 87 beide ex 1908. Zum Voranschlag des gemeinsamen obersten Rechnungshofes siehe ebd., Präs. 104/1908.

⁵ Stellungnahme Korytowski in GMR. v. 27. 10. 1907, GMR. V, Nr. 75 575 f.

kung des Geistes im Offizierskorps dringend notwendigen gerechten Weise zu lösen und die neue Enttäuschung, welche im Datum des 1. Mai liege, zu paralisieren, bei der ersten Erhöhung der Gebühren auf die Einhebung der Dienstestaxen verzichtet werden, wofür Präzedenzfälle vorlägen.

Von der Inanspruchnahme eines Mehrererfordernisses zur Sanierung des Voranschlages rücksichtlich jener Positionen, bei welchen die bisher bewilligten Beträge geringer sind als die tatsächlich unabwendbaren Aufwandsziffern, sei für das Jahr 1909 Umgang genommen worden, um eine allzu große Erhöhung der Anforderung zu vermeiden. Die Präliminierung der zur Sanierung erforderlichen Summe, 11,4 Millionen, werde in den nächsten Jahren angestrebt werden, damit künftige Überschreitungen auf solche Fälle beschränkt bleiben, in welchen die Ursachen – wie bei Preissteigerungen – sich der Ingerenz der Heeresverwaltung entziehen.⁶

Der kgl. ung. Ministerpräsident erklärt, er wolle gegen die Einstellung der Beträge der Gagen- und Löhnungsregulierung – was seine Person betreffe – keine Einwendung erheben, namens der ungarischen Regierung könne er eine solche Erklärung aber noch nicht abgeben. Auch gegen die Ansätze erhebe er keinen Einwand, obgleich er betonen müsse, daß in Ungarn die Beamten nicht so günstig gestellt seien.

Der k. k. Finanzminister verweist auf seine im Protokolle vom 27. Oktober 1907 enthaltene, im Namen der k. k. Regierung abgegebenen Erklärung. Die österreichische Regierung halte demnach auch jetzt bezüglich der Rückwirkung an dem Datum des 1. Jänner 1908 fest.

Dagegen könne von der Einhebung der Diensttaxen nicht abgesehen werden.

Der kgl. ung. Ministerpräsident betont nochmals, daß er keine Verpflichtung übernehmen könne, jedoch bezüglich der Rückwirkung den Termin vom 1. Oktober vorschlagen möchte.

Der k. k. Ministerpräsident führt aus, daß bei dem Umstande, als der ungarische Ministerpräsident nur seinen persönlichen Standpunkt gekennzeichnet habe, die Stellungnahme der ungarischen Regierung noch nicht bekannt sei, vielleicht werde diese einen früheren Termin akzeptieren. Die k. k. Regierung müsse den Standpunkt der Resolution Latour-Schraffl einnehmen,⁷ der auch in der Erklärung der gemeinsamen Regierung und im Renuntium der österreichischen Delegation zum Ausdrucke käme. Sie träte also für die Rückwirkung auf den 1. Jänner 1908 ein.

Der Vorsitzende erklärt, welche zwingenden Gründe seinerzeit für die k. und k. Regierung vorlagen, Stellung zu nehmen. Österreichischerseits hätte man eine gemeinsame Sitzung in Aussicht genommen, was wieder ungarischer-

⁶ Zum Voranschlag des gemeinsamen Kriegsministeriums siehe FA., GFM., Präs. 121/1908.

⁷ Antrag Latour-Schraffl wegen gleichzeitiger Anhebung von Mannschaftslöhnung und Offiziersgagen siehe STENOGRAPHISCHE SITZUNGS-PROTOKOLLE DER DELEGATION DES REICHSRATES, XLII. Session 1907/08 604–613, Annahme des Antrages ebd. 698.

seits perhorresziert worden sei. Um nun die Verhinderung der Budgetbewilligung hintanzuhalten, und da auch auf ungarischer Seite prinzipielle Bedenken nicht bestanden, indem nur darauf hingewiesen wurde, daß zur Zeit die Regulierung nicht erfolgen könne, habe die gemeinsame Regierung die bekannte Erklärung abgegeben, an der sie auch heute festhalte.

Der kgl. ung. Ministerpräsident sagt, daß sich diese Erklärung darauf bezogen habe, daß 1. die Gagenregulierung im Jahre 1909 unbedingt erfolgen, 2. eine Rückwirkung eintreten und 3. die Sache nicht mit Heereskonzessionen in Verbindung gebracht werden werde.

Die Punkte 1 und 3 würden erfüllt, bezüglich des zweiten besteht eine Differenz im Zeitpunkte, nicht im Prinzip, und da müsse er denn doch die Frage aufwerfen, ob sich die ungarische Regierung und die ungarische Delegation vor einem Beschlusse der österreichischen Delegation beugen müsse. Hier sei also wohl der Platz für ein Kompromiß.

Er müsse weiters darauf aufmerksam machen, daß auch in Ungarn die Gagenregulierung noch nicht ganz durchgeführt sei. Die Diurnisten und Aushilfsdiener seien noch nicht in die Regulierung einbezogen, auch die Quartiergelder müssen erhöht werden. In Ungarn weise man auch darauf hin, daß Österreich leicht zustimmen könne, nachdem durch die Erhöhung der ungarischen Quote die Regulierung Österreich keine Kosten verursache.⁸

Der k. k. Ministerpräsident bemerkt, daß, wenn die gemeinsame Regierung einem Kompromiß zustimmen sollte, er nicht weiter gehen könne als diese. Dann sei die Situation eben eine andere.

Beide Ministerpräsidenten stimmen darin überein, daß die Verantwortung im Kompromißfalle eine gleichmäßige sein müsse und nicht auf die k. und k. Regierung gewälzt werden könne.

Der kgl. ung. Ministerpräsident wiederholt, daß er einem anderen Termine nicht zustimmen könne. Was die gemeinsamen Mehrauslagen betreffe, sei man ohnehin auf das Doppelte des in Aussicht Genommenen gegangen.

Wo so bedeutende prinzipielle Schwierigkeiten – namentlich auch wegen der Mannschaftslöhnungen – bestünden, könne es sich nicht um die paar Monate handeln, er dürfe aber nicht einmal den Versuch machen, eine weitere Konzession zu verlangen.

Der gemeinsame Finanzminister möchte, ohne einen formellen Antrag zu stellen, den Termin vom 1. Juli anregen, doch spricht sich Dr. Werkerle dagegen aus.

Der Vorsitzende, dem sich FZM. Schönach anschließt, glaubt darauf aufmerksam machen zu sollen, daß man in einer Juni-Session schwer den 1. Ok-

⁸ Erhöhung des ungarischen Anteiles zur Deckung der gemeinsamen Ausgaben – der Quote – im Wirtschaftsausgleich von 1907 von 34,4 % auf 36,4 % und entsprechend damit Senkung des cisleithanischen Quotenanteiles von 65,6 % auf 63,6 %.

tober als Termin angeben könne. Tagen die Delegationen aber im September und sei der gleiche Termin festgelegt, dann würde die gemeinsame Regierung in der österreichischen Delegation sofort ein Mißtrauensvotum erhalten. Die gegenwärtige gemeinsame Regierung könnte weder das eine noch das andere vertreten und wäre in beiden Fällen nicht in der Lage, vor einer Delegation zu erscheinen.

Der kgl. ung. Ministerpräsident kommt darauf zurück, daß nicht nur politische Gründe für ihn vorliegen, sondern auch der Umstand, daß die Gageregulierungen in Ungarn noch nicht gänzlich durchgeführt sind und auch nicht in so ausgedehntem Maße durchgeführt werden können.

Auf einen Einwurf des Vorsitzenden erklärt Dr. Wekerle, schon jetzt im Finanzausschusse Regulierungen für ungarische Angestellte ankündigen und auch die Einstellung der Gagenregulierung für die Honvédoffiziere in das Budget beantragen zu wollen.

Der Vorsitzende proponiert nunmehr den 1. Mai als Anfallstermin, welchem Vorschläge sich nun auch Baron Beck anschließt. Mitte Mai möge man nochmals zusammenkommen und diesbezüglich sowie wegen des Zeitpunktes der Einberufung der Delegationen beraten.

Dr. Wekerle sagt, er könne für eine so weitgehende Fixierung auch persönlich nicht eintreten. Wenn aber, wie er hoffe, ein Kompromiß zustande komme, so müsse einer für den anderen eintreten. Dem stimmt Baron Beck als selbstverständlich zu.

Bei der nun folgenden Detailbesprechung des Heeresbudgets werden im Ordinarium folgende Abminderungen vorgenommen:

| | | | |
|-------------------|------|-----------|--------|
| Post des Antrages | 5 : | 4 805 | K |
| „ | 8 : | 12 953 | K |
| „ | 12 : | 200 000 | K |
| „ | 14 : | 250 000 | K |
| „ | 15 : | 280 000 | K |
| „ | 16 : | 110 000 | K |
| „ | 18 : | 90 000 | K |
| „ | 19 : | 50 000 | K |
| „ | 23 : | 200 000 | K |
| Zusammen | | 1 197 758 | Kronen |

und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Anforderung für das Heeresmuseum in anderer Form erscheine.

Im Extraordinarium werden nach einer längeren Debatte, in welcher der Vorsitzende wiederholt eingreift, die nachfolgenden Abstriche vorgenommen, und zwar

| | | | | |
|----------|----|------|------------|-----------|
| Titel | 1, | Post | 1 | 150 000 |
| „ | 2 | „ | 1 | 125 000 |
| „ | 3 | | | 32 000 |
| „ | 6 | Post | 2 | 200 000 |
| „ | 7 | | | 50 000 |
| „ | 9 | Post | 1 | 50 000 |
| | 9 | Post | 2 | 50 000 |
| „ | 10 | Post | 1 und 2 je | 200 000 |
| | | | zusammen | 400 000 |
| „ | 13 | Post | 1 | 60 000 |
| „ | 13 | Post | 2 | 50 000 |
| „ | 26 | | | 270 000 |
| Zusammen | | | | 1 437 000 |

Beim Okkupationskredite werden 40 000 K für den Neubau des Marodenhauses in Travnik in Abstrich gebracht.

Der außerordentliche Artilleriekredit per 15 Millionen wird angenommen.

Bezüglich der Nachtragskredite regt der kgl. ung. Ministerpräsident an, dieselben überhaupt nicht einzubringen, weil man nicht in der Lage sei festzustellen, auf welcher Basis man dies tue. Er weist auf die Preissteigerungen und auf das zwischen den beiden Ackerbauministerien bestehende Übereinkommen hin.

Nachdem sich der k. k. Finanzminister sowohl aus diesen Gründen als aus politischen Motiven beziehungsweise, weil man erst vor wenigen

Wochen das Budget pro 1908 bewilligt habe, den Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten angeschlossen, wurde folgender Passus in das Protokoll aufgenommen: „Es wird zur Kenntnis genommen, daß Überschreitungen vorhanden sind und daß über Wunsch der beiden Regierungen diese Mehrforderungen nicht als Nachtragskredite angesprochen, sondern als Überschreitungen in der Schlußrechnung ausgewiesen werden.“

Der K r i e g s m i n i s t e r erbittet sich ferner die Genehmigung, daß von den noch unbedeckten Gesamtkosten für den Bau des Kriegsministeriums per 2,6 Millionen sowie von dem Gesamterfordernisse für den Bau des Korpskommandogebäudes in Pozsony per circa zwei Millionen Teilbeträge von je 50 000 K als erste Raten in das Extraordinarium pro 1909 Aufnahme finden, wogegen die unter Post 17 eingestellte sechste Baurate für das Garnisonspital in Innsbruck per 160 000 K auf 60 000 K restringiert würde. Hinsichtlich des Neubaus des Kriegsministeriums bemerkte er, daß der Betrag von 2,6 Millionen den Kapitalswert der Mietzinse repräsentiert, welche teils schon jetzt gezahlt werden beziehungsweise in der nächsten Zeit für noch erforderliche Kanzleiräume zu bestreiten sind. Diese Mietzinse von zusammen 140 000 K sollen kapitalisiert und das Kapital in 50 Jahren amortisiert werden.

Der k g l . u n g . M i n i s t e r p r ä s i d e n t weist auf die Notwendigkeit eines Ersatzobjektes für das Kriegsministerium in Ungarn und der Einstellung von Regiepauschalien statt der Annuitäten hin.

F Z M . S c h ö n a i c h sagt diesbezüglich zu, eine Aufklärung in der nächsten Ministerkonferenz geben zu wollen.

Nunmehr erläutert der M a r i n e k o m m a n d a n t sein Budget und betont, daß er von den Delegationen angewiesen sei, den Bau der Schiffe zu beschleunigen.⁹ Im August 1911 werde er mit dem Bau fertig sein. Während aber andere Staaten zu einem solchen Werke zwei Jahre brauchen, hätte er 54 Monate in Anspruch nehmen müssen. Wären ihm früher größere Beträge zur Verfügung gestellt worden, so wäre er nicht genötigt, jetzt so hohe Summen einzustellen. Hätten wir eine Division mehr und eine am Stapel, so würde man in Italien nicht so schreien, wobei er auf D'Annunzio-Venedig und darauf hinweisen müsse, daß italienische Offiziere seit dem Regierungsantritte des jetzigen Königs den irredentistischen Klubs beitreten.

Der Staatssekretär Dr. P o p o v i c s bespricht nunmehr eingehend die einzelnen Positionen des Marinebudgets, und der k g l . u n g . M i n i s t e r p r ä s i d e n t erklärt, für den Bau der Schiffe einen Betrag von 20 Millionen aber auch nicht mehr votieren zu können. Er selbst habe ja seinerzeit die Einstellung von zehn Millionen und im Vorjahre von 20 Millionen beantragt. Nachdem der Marinekommandant nicht die ganze Summe im Vorjahre für diese

⁹ *Antrag des Heeresausschusses der cisleithanischen Delegation, angenommen in der Sitzung v. 27. 2. 1908, STENOGRAPHISCHE SITZUNGS-PROTOKOLLE DER DELEGATION DES REICHSRATES, XLII. Session 1907/08 966.*

Post verwenden konnte, solle man sie jetzt mit 20 Millionen einstellen, obwohl er enorme Schwierigkeiten haben werde, um diese Bewilligung durchzusetzen.

Nachdem der *Vorsitzende* in längerer Rede die Forderungen der Marine vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus unterstützt hat, stellt er folgenden Antrag: „Der Bau der neuen Schiffe muß 1911 vollendet sein, und hat der Marinekommandant die entsprechende Vorsorge getroffen. Was nun die Beschaffung der Geldmittel betrifft, so darf ich darauf hinweisen, daß der österreichische Ministerpräsident in der Konferenz vom 27. Oktober v. J. angeregt hat, diese Mittel im Wege einer Kreditoperation zu beschaffen.¹⁰ Da auch seitens der ungarischen Regierung gegen eine solche Modalität eine Einwendung nicht erhoben wird, so möchte ich dieselbe hiemit praktisch in die Wege leiten.

Für den Bau der neuen Schiffe ist ein Betrag von 130 Millionen erforderlich. Hierauf wurden bisher 27,2 Millionen bewilligt. In den Jahren 1909–1912 (die Dotation pro 1912 kann ja Ende 1911 angesprochen werden) würden viermal 20 Millionen, somit 80 Millionen beziehungsweise in Summa 107,2 Millionen zur Verfügung stehen, so daß nur ein unbedecktes Erfordernis von 22,8 Millionen verbliebe, welches entweder im Jahre 1913 oder durch Einbeziehung in einen größeren außerordentlichen Militärkredit zur Tilgung käme. Jetzt müsse man aber feststellen, daß die schon früher benötigten Gelder durch Vorschüsse der beiden Regierungen rechtzeitig flüssig gemacht werden, was ich hiemit beantrage.“ Es wird nunmehr konstatiert, daß beide Regierungen bereit sind, die erforderlichen Vorschüsse auf Verlangen der Marineverwaltung zu geben, und soll der Marinekommandant in den Delegationen auf Befragen erklären, daß er alles getan habe, um die Schiffe so schnell als möglich zu bauen, und versichern, daß sie rechtzeitig fertig sein werden.

Hierauf wird das Ordinarium der Marine nach Streichung von 307 000 K im Titel VI und von 18 050 000 K im Titel VII angenommen. Im Extraordinarium werden folgende Abstriche akzeptiert:

| | |
|--------------|--------------------------|
| bei Titel VI | 1 000 000 K |
| bei Titel IX | 300 000 K. ¹¹ |

Schließlich kommt die Konferenz überein, Mitte Mai wegen der Frage der Rückwirkung der Gagenerhöhung, wegen der Mannschaftslöhnungen beziehungsweise der Einberufung der Delegationen wieder zusammenzutreten, worauf der Vorsitzende die Sitzung schließt.¹²

Aehrenthal

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Wien, 25. Mai 1908. Franz Joseph.

¹⁰ GMR. v. 27. 10. 1907, GMR. V, Nr. 75 576.

¹¹ Marinebudget mit Korrekturen der hier gemachten Streichungen in KA., KM., Präs. 37–2/15/1908.

¹² Fortsetzung der Budgetberatungen in GMR. v. 17. und 21. 5. 1908, GMCPZ. 466.